

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Stefan Evers (CDU)

vom 07. Juli 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juli 2022)

zum Thema:

Elektroheizung in der Gaskrise

und **Antwort** vom 27. Juli 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Juli 2022)

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe

Herrn Abgeordneten Stefan Evers (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/12551
vom 07.07.2022
über Elektroheizung in der Gaskrise

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher den Verteilnetzbetreiber Stromnetz Berlin GmbH (Stromnetz Berlin), sowie BEN Berlin Energie und Netzholding GmbH um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

1. Gibt es Hinweise bzw. rechnet der Senat damit, dass im Fall einer Gasknappheit im kommenden Winter verstärkt Elektroheizungen durch private Haushalte oder Unternehmen beschafft und in Betrieb genommen werden?

Zu 1.: Aus Pressemeldungen und Nachrichten geht hervor, dass in den letzten Wochen eine verstärkte Nachfrage nach Elektroheizungen vorliegt.

2. Welche Auswirkungen hätte eine massenhafte Inbetriebnahme von Elektroheizungen durch private Haushalte und Unternehmen auf die Stabilität des Stromnetzes in Berlin?

Zu 2.: Bislang besteht keine technische Mangellage in der Gasversorgung. Die Gasversorgung der privaten Endkunden sowie grundlegender sozialer Dienste und

Fernwärmanlagen genießt nach § 53a EnWG weitgehenden Schutz. Daher ist derzeit nicht davon auszugehen, dass es zu großflächigen Ausfällen in der Wärmeversorgung Berlins kommen wird, die zu einer massenhaften Inbetriebnahme von Elektroheizungen führen könnte.

Für eine massenhafte Substitution der gasabhängigen Wärmeversorgung ist das Stromnetz nicht ausgelegt. Die Wärmelast Berlins ist deutlich höher als die Stromlast. Zum Schutz des Netzes müssten bei absehbaren Überlastungen Maßnahmen ergriffen werden.

3. Wie bewertet die Stromnetz Berlin dieses Szenario bzw. findet dazu ein Austausch und eine gemeinsame Vorbereitung statt?

Zu 3.: Die Bewertung der Stromnetz Berlin zu dem Szenario ist in die Beantwortung der Frage Nr. 2 eingeflossen. Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe steht im regelmäßigen Austausch mit Stromnetz Berlin und weiteren Betreibern der kritischen Infrastruktur (KRITIS). Dabei werden mögliche Szenarien und Handlungsmöglichkeiten besprochen.

4. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, ein solches Szenario im Fall einer Gasknappheit zu vermeiden?

Zu 4.: Der Senat sieht den Schwerpunkt in präventiven Maßnahmen zur Verhinderung einer Gasmangellage und von Auswirkungen, die zu einer Überlastung der Stromnetze führen könnten. Der Senat ruft ebenso wie die Bundesregierung und die Europäische Union alle Teile der Gesellschaft dazu auf, Energie zu sparen. Sollte sich eine Beeinträchtigung der Stromversorgung abzeichnen, bestehen zudem Interventionsmöglichkeiten der Netzbetreiber und der zuständigen Behörden.

5. In welcher Weise, mit welchen Mitteln und in welchem Umfang findet seitens des Senats Bürgerkommunikation zur Information und Aufklärung über die Möglichkeit und die Folgen einer Gasknappheit im kommenden Winter statt?

Zu 5.: Die Berichterstattung durch die Presse zur Möglichkeit und den Folgen einer Gasknappheit im kommenden Winter nimmt bereits einen großen Raum ein und wird in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Darüber hinaus startete der Bund die Kampagne „80 Millionen gemeinsam für Energiewechsel“. Der Senat begleitet die öffentliche Diskussion mit eigenen Äußerungen und Stellungnahmen und wird die Information der Öffentlichkeit entsprechend der jeweiligen Lageentwicklung fortsetzen.

6. Welche Maßnahmen sind diesbezüglich für die kommenden Monate geplant?

Zu 6.: Die Sichtbarkeit des Themas in der Öffentlichkeit und die Wirksamkeit der Kampagne des Bundes werden weiter beobachtet. Es bleibt abzuwarten inwiefern der Bund die Forderung der Europäischen Kommission umsetzt, in großem Maßstab

Sensibilisierungskampagnen für einen sparsamen Umgang mit Heizung und Klimatisierung durchzuführen. Die Informationstätigkeit des Senats in den kommenden Monaten wird sich an den Bedarfen orientieren, die sich aus der weiteren Entwicklung ergeben.

Berlin, den 27. Juli 2022

In Vertretung

Tino S c h o p f

.....

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe